



IPPNW International Physicians for the Prevention of Nuclear War

IPPNW e.V. | Körtr. 10 | 10967 Berlin

Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/ Ärzte in sozialer Verantwortung e. V.

Körtr. 10 | 10967 Berlin
Tel.: +49 (30) / 698 07 40
Fax: +49 (30) / 693 81 66
E-Mail: ippnw@ippnw.de
www.ippnw.de

Vorstand

Dr. Inga Blum
Carlotta Conrad
Dr. Sabine Farrouh
Dr. Katja Goebbels
Susanne Grabenhorst
Dr. Barbara Hövener
Dr. Alex Rosen
Dr. Dörte Siedentopf
[International Councillor](#)
Dr. Helmut Lohrer
Dr. Eva-Maria Schwienerhorst
[Ehrenvorstandsmitglied](#)
Prof. Dr. Ulrich Gottstein

Wissenschaftlicher Beirat

Dr. Jan van Aken
Prof. Dr. Elmar Altwater
Prof. Dr. Andreas Buro
Dr. Dieter Deiseroth
Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Dürr
Dr. Alfred Körblein
Dr. Heinz Loquai
Prof. Dr. Mohssen Massarrat
Prof. Dr. Götz Neuneck
Prof. Dr. Norman Paech
Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake
Prof. Dr. Otmар Wassermann

Barbara Hendricks
Bundesministerin für Umwelt
Robert-Schuman-Platz 3

53175 Bonn

Sigmar Gabriel
Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Scharnhorststraße 34-37

10115 Berlin

Berlin, 24. November 2014

Stilllegung von Kohlekraftwerken

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Hendricks,
sehr geehrter Herr Bundesminister Gabriel,

nach Fukushima und der 13. Atomgesetz-Novelle gab es eine öffentliche Debatte, in der die Bundesregierung den Umstieg der Energieversorgung auf Erneuerbare Energien proklamierte. Diese Energiewende impliziert auch eine sukzessive Stilllegung von konventionellen Großkraftwerken.

Vor diesem Hintergrund erstaunt und beunruhigt uns die aktuelle Diskussion zwischen Umwelt- und Wirtschaftsministerium um die Stilllegung von Kohlekraftwerken.

Als Ärztinnen und Ärzte in sozialer Verantwortung machen wir Sie auf die gesundheitsrelevanten Folgen Ihrer energiepolitischen Entscheidungen aufmerksam. Die Abkehr von den ohnehin niedrigen CO₂-Einsparzielen erscheint uns angesichts der Fülle an Erkenntnissen über die globalen Folgen des Klimawandels verantwortungslos und kurzfristig. Aber auch darüber hinaus sehen wir Ihr Vorhaben mit großer Sorge. Eine Studie unserer US-Sektion, den Physicians for Social Responsibility, (Coal's assault on Human Health, November 2009) verdeutlicht anschaulich die gesundheitlichen Folgen der Kohlewirtschaft. Das Vermeiden unnötiger Stromproduktion und somit von gesundheitsbelastenden Luftemissionen wäre nach unserer Überzeugung die beste Gesundheitsvorsorge.

Laut Umweltbundesamt könnte man rund 30 große Kraftwerksblöcke stilllegen, wenn in Industrie, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und Privathaushalten die wichtigsten „wirtschaftlichen“ Stromsparpotenziale ausgeschöpft würden. Effiziente Pumpen und stromsparende Prozesswärme in der Industrie zählen nach Darstellung der Bundesbehörde zu den größten Sparpotenzialen.

Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass beim Thema Energiesparen von der Bundesregierung vorwiegend die Privathaushalte in den Blick genommen werden, obwohl zwei Drittel der Stromsparpotenziale und somit der Emissionsminderungspotenziale in der Wirtschaft erschlossen werden können (Umweltbundesamt: Stromsparen - Weniger Kosten, weniger Kraftwerke, weniger CO₂, Fakten und Argumente für das Handeln auf der Verbraucherseite, August 2007).

Durch schnell umsetzbare Modernisierungsinvestitionen könnten also 30 Großkraftwerke überflüssig gemacht und in erheblichem Maße Luftschadstoffe und CO₂-Emissionen vermieden werden.

Auch eine Rückverlagerung der Stromerzeugung auf die Kommunen und die fortschreitende Nutzung erneuerbarer Energien in Bürgerhand würde uns allen weitere enorme volkswirtschaftliche Vorteile bringen und den Wohlstand der Kommunen, des Handwerks, der Genossenschaften sowie der Bürgerinnen und Bürger nennenswert erhöhen. Unter diesen Voraussetzungen wären die Arbeitsplatzeffekte der Erneuerbaren Energien sehr viel höher als die der konventionellen Großkraftwerks-Wirtschaft.

Als Ärzteorganisation betonen wir, dass Arbeitslosigkeit und soziale Not die Gesundheit der Betroffenen massiv beeinträchtigen. Vor diesem Hintergrund fordern wir Sie auf, verantwortungsvoll einen Strukturwandel zu gestalten, an dessen Ende die Energie- und Gesamtwirtschaft mehr soziale Sicherheit bieten als bisher. Eine dezentrale Energiewirtschaft in der Hand von Bürgern, Kommunen und Kleinunternehmen würde uns diesem Ziel näher bringen.

Die Konzentration der „Energiewende“ auf wenige Großprojekte wie die überbewerteten Offshore-Parks der Konzerne dient weder dem energiepolitischen Ziel der Versorgungssicherheit noch dem einer preiswerten Energieversorgung. Es war unserer Überzeugung nach ein gravierender und korrekturbedürftiger Fehler, mit der jüngsten EEG-Novelle den strukturell günstigeren, gemeinwohlorientierten, dezentralen Ausbau der Erneuerbaren Energien in Bürgerhand auszubremsen.

Wir fordern Sie als verantwortungsbewusste Politiker auf, jenseits der tagespolitischen Rhetorik, fast vier Jahre nach Fukushima die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zum wesentlichen Maßstab Ihrer Politik zu machen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. med. Alex Rosen
stellvertretender IPPNW-Vorsitzender